

2. Kreisparteitag

Zweite Tagung

DIE LINKE.Teltow-Fläming

27. November 2010,
Thyrow

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming

Kreisgeschäftsstelle Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde
Tel: 03371-632267
Fax: 03371-636936
www.dielinke-teltow-flaeming.de
info@dielinke-teltow-flaeming.de

DIE LINKE.

Aus dem Beschluss des Landesvorstandes DIE LINKE. Brandenburg zur Programmdebatte:

„Der Landesverband wird sich mit all seinen Erfahrungen in die bundesweite Programmdebatte einbringen. Ziel ist es, inhaltliche Konflikte produktiv zu machen. Diskussionen verstehen wir nicht als Konflikt, sondern als Teil einer inhaltlichen Profilschärfung und gemeinsamer Aneignung. Wir rufen alle Mitglieder zur aktiven Teilnahme an dieser Debatte auf.

Wir wollen die Programmdebatte mit politischer Bildungsarbeit verknüpfen. Dabei sollen vielfältige und zeitgemäße Formen politischen Lernens zur Anwendung kommen und die unterschiedlichen neuen Wege individuellen und gemeinsamen Lernens Berücksichtigung finden. Wir wollen damit so viele Mitglieder wie möglich erreichen und in die Diskussions- und Lernprozesse einbeziehen. Wir wollen, dass Programmdebatte und politische Bildung feste und selbstverständliche Bestandteile unserer politischen Praxis werden.

Gerade die Programmdebatte bietet begleitend die Möglichkeit, zu einzelnen Positionen unserer Partei Informations- und Bildungsveranstaltungen anzubieten. Die politische Bildungsarbeit ist ein wichtiges Standbein unseres Landesverbands, da sie unsere Mitgliedern sowohl in Wahlkämpfen als auch in der alltäglichen politischen Praxis ermöglicht, linke Standpunkte inhaltlich zu vertreten und politisch durchzusetzen.“

Der Landesvorstand bietet den Kreisvorständen und Basisorganisationen außerdem eigene Seminare zur Programmdebatte an. Dazu wurden bereits fünf Mitglieder unseres Landesverbandes speziell geschult, um entsprechende Veranstaltungen/Seminare anbieten zu können.

Hier geht es in erster Linie um das Vermitteln, wie Programmdebatte im eigenen Kreis organisiert werden könnte. Diese Seminare können über die Kommission Politische Bildung / Programmdebatte beim Landesvorstand „bestellt“ werden. <

Links und Informationen:

**Programmkonvent,
Hannover, 7. November 2010**

Die Reden von
Gesine Löttsch,
Klaus Ernst,
Lothar Bisky und
Oskar Lafontaine
sind zu finden unter:

www.die-linke.de/programmkonvent/reden

Der Programmentwurf ist in einer Langfassung (89 Seiten) und in einer kurzen Lesefassung (60 Seiten) im Internet unter

www.die-linke.de/programm
abrufbar.

Hier sehen Sie Rot!
KANAL DIE LINKE.

www.youtube.de/dielinke



Start der Elektronischen Programmdebatte mit Liquid Democracy

Mit dem Programmkonvent am 7. November in Hannover startet DIE LINKE einen Test für die elektronische Programmdebatte. Zu diesem Test laden wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programmkonvents und alle interessierten Genossinnen und Genossen herzlich ein.

DIE LINKE nutzt für die elektronische Programmdebatte eine Internetplattform namens Liquid Democracy (abgekürzt

LIQD). LIQD ist eine internetbasierte Software, die von einem gemeinnützigen Verein mit dem Ziel entwickelt wurde, die direkte Demokratie zu stärken.

LIQD ist ein Werkzeug dafür und kann für DIE LINKE eine sinnvolle Ergänzung der Programmdebatte sein. LIQD ermöglicht es, alleine oder gemeinsam an Textvorschlägen zu arbeiten, um in der Programmdebatte ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Wer einen solchen Vorschlag bei LIQD einbringt, muss andere Nutzerinnen und Nutzer finden, die den Vorschlag unterstützen. Gleichzeitig haben andere Nutzer die Möglichkeit, an diesem Vorschlag mitzuarbeiten.

Wenn der Vorschlag fertig ist und ausreichend viele Unterstützerinnen und Unterstützer findet, können alle Nutzerinnen und Nutzer der elektronischen Programmdebatte für einen begrenzten Zeitraum über den Vorschlag abstimmen. Am Ende des Verfahrens steht ein konkreter Vorschlag, der eine gewisse Legitimation im Rahmen der elektronischen Programmdebatte mitbringt. Dieser Vorschlag wird dann wiederum in die Programmdebatte der LINKEN eingespeist.

LIQD ermöglicht es somit, gemeinsam an Anträgen und Vorschlägen zu arbeiten – unabhängig von Zeit und Ort und über die Grenzen von Landesverbänden hinweg. In LIQD generieren die Nutzerinnen und Nutzer also gemeinsam strukturierte Änderungsanträge und Vorschläge für die Programmdebatte der LINKEN.

Jeder, der sich für die Programmdebatte der LINKEN interessiert, kann die Vorschläge und Diskussionen lesen, die bei LIQD zustande kommen. Aktiv mitarbeiten, also schreiben und abstimmen, können aber nur Mitglieder der LINKEN. In Einzelfällen können auch Expertinnen und Experten mit Schreibrechten an der elektronischen Programmdebatte mitwirken.

Rekommunalisierung der Energieversorgung

Günstigere Preise, bessere Dienstleistungen und eine sozial-ökologisch orientierte Energiepolitik – das bieten die großen Energieversorgungsunternehmen nicht. Eine repräsentative Umfrage des forsa-Institutes Anfang 2008 zeigt: 78 Prozent der Befragten schätzen die Kosten bei der Energieversorgung nach der Privatisierung höher ein als vorher.

DIE LINKE setzt sich für den (Rück)Kauf der Energieversorgung durch die Kommunen ein. Im Energiebereich gibt es Beispiele gelungener Rekommunalisierung wie in Nümbrecht (Nordrhein-Westfalen), Ahrensburg (Schleswig-Holstein) und Wolfhagen (Hessen). Sehr erfolgreich ist auch die baden-württembergische Gemeinde Schönau. Dort hat nicht die Kommune, sondern eine Bürgerinitiative das örtliche Stromnetz erworben. Der (Rück-)Kauf von Stromnetzen und Stadtwerken, die Eigentum der vier großen Energiekonzerne in Deutschland sind (RWE, EnBW, Vattenfall, E-ON), setzt einen langen Atem und Durchsetzungswillen voraus. Doch das mögliche Ergebnis lohnt den Einsatz: Eine sozial und ökologisch orientierte Energiepolitik für die Bürgerinnen und Bürger und ein nachhaltiger Schutz des Klimas durch den Einsatz erneuerbarer Energie. Zudem kommen die Gewinne eines kommunalen Unternehmens der Allgemeinheit zugute.

DIE LINKE setzt sich für die bezahlbare, versorgungssichere, ökologische und sozialverträgliche Versorgung mit Energie ein. Insbesondere im Mietwohnungsbereich ist großes Einsparungspotential vorhanden, das von der Kommune genutzt werden kann. Stadtwerke in öffentlicher Hand werden sich um Energieeinsparungen bemühen anstatt ein neues Kraftwerk zu bauen. Insbesondere die Kraft-Wärme-Kopplung leistet einen wichtigen Beitrag zur sparsamen Energienutzung. Die gleichzeitige Nutzung von Strom und Abwärme kann einen Wirkungsgrad von bis zu 90 Prozent erreichen. Manche Städte, die über eigene Stadtwerke verfügen, weisen bereits heute Kraft-Wärme-Anteile von mehr als 50 Prozent auf. Beispiele sind Flensburg und Schwäbisch Hall oder München mit 83 Prozent. Ziel linker Energiepolitik ist es, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den ökologischen und sozialen Zielen zu erreichen. Über kommunale Stadtwerke können kostenlose Grundkontingente oder Sozialtarife vom Energiebetrieb angeboten werden. Letztlich geht es aber vor allem darum, den Energiebedarf drastisch zu reduzieren und den (verminderten) Bedarf mit erneuerbaren Energien zu decken.

Elektronische Programmdebatte im Internet:
www.dielinke.de/programm/elektronische_programmdebatte